

Tristan Zielinski  
Fraktionsvorsitzender  
Mitglied des Rates

fraktion@fdp-dorsten.de  
www.fdp-dorsten.de

Mühlenstr. 12  
46284 Dorsten

Dorsten, 28.11.2018



## **Haushaltsrede des Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Dorsten**

### **Es gilt das gesprochene Wort**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn der Rat heute über den Haushalt berät und beschließt macht er im Auftrag der Bürgerinnen und Bürger Gebrauch von seinem vermutlich wichtigsten Recht; dem Budgetrecht. Damit untrennbar verbunden ist seit jeher die unverzichtbare parlamentarische Institution der Haushaltsreden: Hier wird von den Parteien gemäß dieses Auftrags gefordert, Rechenschaft über politische Bewertungen abzulegen, Pläne und Skizzen für das kommende Jahr und darüber hinaus darzulegen und schließlich die Verwaltung zu kontrollieren.

Dabei geht es nicht nur darum, die Zahlen, die sich im Haushalt 2019 finden chronologisch zu kommentieren. Uns geht es heute um die Reaktion auf diese Zahlen, welche seit sehr langer Zeit einen ganz leichten Überschuss ausweisen: Wir thematisieren also heute etwa weniger Fragen wie „Was für ein Haushaltsüberschuss wurde erzielt?“, sondern mehr „Wie wird mit diesem Überschuss politisch umgegangen?“. Denn verglichen mit den Haushaltsberatungen der letzten Jahre – man denke nur an die Diskussion um die LWL-Umlageerhöhung – war es in diesem Jahr verdächtig ruhig. Eine solche Ruhe ist immer trügerisch – allzu häufig werden in diesem „akustischen Windschatten“ bereits im Hintergrund die

Felder der finanziellen Begehrlichkeiten abgesteckt und auf der sprachlichen Ebene die ersten Verteilungskämpfe angekündigt; mit der Perspektive, dass Sprache Wirklichkeit schafft. Dementsprechend werden wir heute das Experiment wagen, auch einmal den Rat zu kontrollieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

vielleicht hängt diese Mentalität ja auch mit den Zahlen der Umlageverbände zusammen, die immer auch Einfluss auf den Haushalt der Stadt Dorsten haben. Der LWL wird seine Umlage in 2019 voraussichtlich senken, was für die Stadt eine gute Nachricht ist. Dass der Hebesatz des RVR gleichbleibt ist auf den ersten Blick gut; ein zweiter und genauerer Blick erkennt aber, dass die Umlage in absoluten Zahlen seit Jahren steigt. 2006 betrug die Umlage 33,5 Mio €, 2012 waren es 47,4 Mio €, 2017 58,7 Mio € und die Fortschreibung der Umlage lässt im aktuellen Haushaltsentwurf für 2021 70,2 Mio € erkennen.<sup>1</sup> Während sich also der Hebesatz im genannten Zeitraum prozentual kaum verändert hat, wurde die Umlage mehr als verdoppelt. Statt nun selbstkritisch die Situation der notleidenden Kommunen zu reflektieren und womöglich etwas zurückzugeben, sucht man einfach neue Aufgaben, wobei wir enttäuscht sind, dass viel Geld für Marketing ausgegeben wird: Eine Standortmarketingkampagne 2017-2019 kostet ca. 10 Mio €<sup>2</sup>, wobei die Option auf Verlängerung vorbehalten wird. Nun plant man zudem eine

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu die Haushaltspläne 2014-2018, sowie den aktuellen Entwurf der Haushaltssatzung für 2019, einsehbar unter <https://rvr-online.more-rubin1.de/>

<sup>2</sup> Vgl.: <https://www.metropoleruhr.de/aktuelles-metropole-ruhr/article/standortkampagne-die-stadt-der-staedte-startet-1.html>

Motivationskampagne, um die Wahl 2020 und die Arbeit des Verbands bekannter zu machen. Kostenpunkt: 520.000 € ohne Personal für 2019, 2 Mio € für die Durchführung.<sup>3</sup> Natürlich werden die wenigsten Verbandsvertreter, Politiker, oder andere repräsentative Figuren des öffentlichen Lebens ganz generell vermutlich in den seltensten Fällen die Frage, ob ihre Arbeit ausreichend wahrgenommen wird, mit „ja“ beantworten. Aber die Umlage zahlt schließlich der Kreis Recklinghausen, wofür er wiederum auch Dorstener Steuergelder erhält. Und gerade in Zeiten, in denen immer mehr Ingenieurbauwerke gesperrt werden und sich Dorstener Bürger – immerhin noch scherzhaft - fragen, ob angesichts der nun stark eingeschränkten Befahrbarkeit der wichtigen Brücke an der Buerer Straße in Hervest demnächst eine zweite Lippefähre entstehen soll, ist es schwer vermittelbar, dieses politische Geltungsbedürfnis auf den Steuerzahler umzulegen.

Wenn wir auf die Zahlen des erwähnten Kreises schauen lassen sich vordergründig ebenfalls gute Daten erkennen. Das Eigenkapital liegt bei fast 80 Mio €, Tendenz steigend. Gleichwohl ist auch hier ein Mechanismus den Bürgerinnen und Bürgern verständlicherweise nicht mehr erklärbar: Denn dieses Eigenkapital wurde mit Hilfe von Krediten gebildet, welche die Städte ursprünglich aufgenommen haben. Hierfür zahlen sie am Markt entsprechende Zinsen. Das Geld geht über Umlageverfahren dann an den Kreis Recklinghausen. Für das daraus gebildete Eigenkapital muss dieser dann entsprechende Strafzinsen zahlen. Unter dem Strich profitiert niemand; wir zahlen Zinsen damit der Kreis Strafzinsen zahlen kann.

---

<sup>3</sup> Vgl.: Anlage zur Vorlage 13/1149, einsehbar ebenfalls unter <https://rvr-online.more-rubin1.de/>

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wie bereits angedeutet kann die Stadt in diesem Jahr ein leichtes Plus in Höhe von 342.000 € verbuchen.<sup>4</sup> Das ist erfreulich, zeigt es doch, dass sich die Anstrengungen der letzten Jahre im Zusammenhang mit dem Stärkungspakt gelohnt haben. Allerdings warnen wir davor, die Infrastruktur der Stadt aus den Augen zu verlieren. Der Sanierungsstau wurde im letzten Jahr immerhin auf 150 Mio € beziffert; zählt man Ingenieurbauwerke hinzu sind es 190 Mio €.<sup>5</sup> De facto ist dies nichts anderes als ein zweiter (Schulden-)Haushalt: Die 190 Mio € sind das Schuldenvolumen, die Bauunterhaltung die Zinszahlung und je eher wir anfangen, das Volumen des Sanierungsstaus abzubauen und unsere Gebäude „in Schuss“ zu halten, desto weniger Zinsen zahlen wir.

Das sind zudem nicht nur spröde und trockene Zahlen - dieses Defizit sieht man an vielen Gebäuden und von einigen haben wir uns vor Ort selbst ein Bild machen können wie etwa der Albert-Schweizer-Schule oder der Urbanusschule, um nur wenige zu nennen.

Betroffen sind aber auch Straßen und die in unserer Stadt vorhandenen ca 150 Brücken. Das deren Instandhaltung nicht unterschätzt werden sollte bekommen wir doch gerade am Beispiel der Lippebrücke in Datteln-Ahsen vorexerziert: Zu dem selben Zeitpunkt, als der Rat über den Umfang des

---

<sup>4</sup> Drucksache 307/18, abrufbar im Dorstener Ratsinformationssystem: <https://dorsten.more-rubin1.de/index.php>

<sup>5</sup> Vgl.: Drucksache 153/17

Instandhaltungssatus informiert wurde, wurde der Brücke noch bescheinigt, mehrere Jahre zu halten. Im April 2018 wurde sie dann für Autos gesperrt. Droht eine vergleichbare Situation (und sei es „nur“ eine Einspurigkeit) den Dorstener Lippe- und Kanalbrücken wenn wir vollends untätig bleiben?

Hier gegenzusteuern war und ist uns ein sehr wichtiges Anliegen und wir sehen es als positives Zeichen, dass eine offenbar zuhörende Verwaltung gerade viele Dinge abarbeitet, die wir in unserer letzten Haushaltsrede thematisiert haben – beispielsweise eine systematische Bauzustandserfassung der Gebäude. Allerdings muss dieser zaghafte Erfolgspfad auch weiter beschritten werden, denn nach einem Schritt in die richtige Richtung darf kein Marathon in die falsche erfolgen.

Zurzeit wird folgerichtig und völlig zu Recht viel in die Dorstener Schulen investiert. Zählt man die Maßnahmen zusammen, die seit dem letzten Jahr beschlossen wurden kommt man auf einen Betrag von fast 20 Mio €<sup>6</sup>. Die Sanierungsarbeiten und der Schulhofumbau an der Agathaschule sind darin noch nicht enthalten. Es ist schön, dass hier Erfolge erzielt werden nachdem man in den Jahren zuvor häufig nur Missstände beschreiben konnte.

*Unser Vorschlag: Da es aber für Brücken und Straßen keine Förderprogramme gibt beantragen wir heute auch, gemeinsam mit der Union, jährlich die Haushaltsansätze für Sanierungen im Hoch- und Tiefbaubereich schrittweise anzuheben – und zwar auf die Werte, die zur*

---

<sup>6</sup> Vgl.: Drucksache 317/18

*Bauunterhaltung notwendig sind, ohne dass damit der Haushaltsausgleich gefährdet wird. Zudem regen wir in diesem Antrag<sup>7</sup> an, im Falle von zusätzlichen Haushaltsspielräumen diese freien Mittel zur schnelleren Anhebung der Bauunterhaltung einzusetzen.*

Dies sehen wir unter Gerechtigkeitsaspekten auch als Korrektur einer durch die wachsenden Soziallasten (mit)induzierten Fehlentwicklung, welche im Wesentlichen darin bestand, dass die Steuern immer weiter erhöht wurden während gleichzeitig die Summen für die Bauunterhaltung reduziert wurden. So betrug die Grundsteuer B etwa 2009 450 Punkte, während für die Bauunterhaltung 3,26 Mio € vorgesehen waren. 2017 lag die Grundsteuer B bei 780 Punkten, während für die Bauunterhaltung nur noch 2,4 Mio € zur Verfügung standen: Es wurde also die Steuer für die Bürgerinnen und Bürger um 73 % erhöht, während gleichzeitig die Mittel für die Infrastruktur, auf die sie letztlich angewiesen sind, um 26 % gesenkt wurden – eine völlig unhaltbare Entwicklung, die wir bereits im letzten Haushalt deutlich kritisierten und heute u.a. mit dem gemeinsamen Antrag umkehren möchten.

Ironischerweise sparen wir durch diese höheren Ansätze für die Bauunterhaltung sogar auf lange Sicht Geld. Denn unterlassene Instandhaltungen verursachen langfristig gesehen höhere Kosten im Ersatzbedarfsfall, höhere Kosten im laufenden Betrieb und bergen teils Sicherheitsrisiken.

---

<sup>7</sup> Siehe TOP 14, „Sanierungsbedarfe abbauen – Dorstener Sanierungs- und Investitionspakt“

Diese Einlassungen zeigen, wo wir einen unserer Schwerpunkte sehen – ich möchte aber auch aufzeigen, dass paradoxerweise auch Risiken durch den erwähnten Überschuss entstehen. Denn gute Zahlen wecken fast immer neue Verteilungsphantasien. Und siehe da, pünktlich zum Haupt- und Finanzausschuss am 21.11., also eine Woche vor Verabschiedung des Haushalts, kam völlig vorhersehbar das Wunschkonzert. Da wurden mal eben, en passant, 4 ½ neue Stellen gefordert plus einer schrittweisen Reduktion der Personalkosteneinsparungen. Auch die Wiederbesetzungssperre war Stein des Anstoßes; eine Abschaffung sollte geprüft werden. Man konnte sich nur noch die Augen reiben: Das magere und mühsam in 6 Jahren Stärkungspakt als Pleitekommune unter großen Anstrengungen angesparte Haushaltsplus in Höhe von 342.000 € reichte also aus, Ausgabenphantasien zu stimulieren, die summa summarum deutlich mehr als 2 Mio € kosten würden. Wir wundern uns immer über diese verbalen Autopiloten. Noch gleicht die Stadt einem Schiff, das auf Kurs ist und den Winden trotzt, aber so mancher verbale Autopilot, der immer wieder reflexartig die gleichen Wunschkonzert-Worthülsen wiederholt, hat sehr wohl das Potenzial, die Selbstversenkung des Haushalts zu provozieren.

Wenn es um Personalpolitik geht sind wir immer gesprächsbereit; indes müssen die Vorschläge gegenfinanzierbar sein und die Realität abbilden. Als gutes Beispiel für eine vorausschauende Personalpolitik sehen wir die Finanzierung einer Stelle im Tiefbauamt vor 2 Jahren an, als sich die Parteien des Dorstener Rates einig waren, dass die damals seitens des Landes eingerichtete zusätzliche Aufwandsentschädigung für

Ausschussvorsitzende de facto nicht notwendig sei und stattdessen lieber der Stadt zu Gute kommen sollte.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau stellte bundesweit treffend fest, dass „der kommunale Personalbestand seit einigen Jahren wieder spürbar“ steigt, dies aber nicht „für die Investitionsvorhaben notwendigen Planungsstellen in der Bauverwaltung“ gilt.<sup>8</sup> Einfach pauschal neue Stellen zu schaffen erzeugt also nur langfristige Verbindlichkeiten und wird der Sache nicht gerecht; es müssen passgenaue, auf dezidierte Aufgabenbereiche in der Planung zugeschnittene Stellen sein, deren Inhaber im Bedarfsfall auch nach Möglichkeit anderweitig in der Verwaltung untergebracht werden können – etwa, wenn eine konjunkturelle Flaute einsetzt oder weniger Bauland nachgefragt werden sollte. Zudem ist der Grundsatz „Intern vor Extern“ nicht mehr zeitgemäß. Dieser Grundsatz führt dazu, dass Bewerber, die bereits bei der Stadtverwaltung arbeiten, allein dadurch automatisch als besser bewertet werden.

*Unser Vorschlag: Der Grundsatz „Intern vor Extern“ sollte aufgegeben werden. In Zeiten des Wandels, der Disruption von tradierten Wissensbeständen und der Transformation von Aufgabenbereichen sollte eine Gleichberechtigung bei der Auswahl von Bewerberinnen und Bewerbern erfolgen.*

---

<sup>8</sup> KfW Research Fokus Volkswirtschaft Nr. 195, Dezember 2017: Rückgang des Investitionsrückstands – Trendwende oder nur Schönwetterlage?



Als verpasste Chance haben wir leider die Stellungnahme des Personalrats wahrgenommen, da das Potenzial der konstruktiven Kritik zugunsten der destruktiven Kritik fallengelassen wurde. Zwar freuen wir uns, dass das von uns im Haupt- und Finanzausschuss<sup>9</sup> beantragte Gesundheitsmanagement gut angenommen wird und „verhältnismäßig viel erreicht“ wurde und ziehen gerne einen Ausbau in Betracht, sobald eine Auswertung der Ergebnisse vorliegt. Wir können aber nicht nachvollziehen, warum so derart eindringlich der Schuldenabbau zum Vorwurf erhoben wird und die „schwarze Null“ schon in der ersten Zeile als Feindbild erhalten muss. Den Abbau von Schulden sehen wir gerade als Qualitätsmerkmal unserer Politik an, da dieser Abbau uns die Handlungsfreiheit zurückgibt. Wohin die Glorifizierung der Schulden führen kann sieht man doch gerade am Beispiel Italiens, wo mittlerweile mehr Geld für Zinsen als für Bildung ausgegeben wird.

Was war denn der Stärkungspakt 2012 mit all seinen z.T. schmerzhaften Folgen – Steuererhöhungen und Sparmaßnahmen – anderes als eine Schuldenkrise 2012?

Zudem hat der Rat in den letzten Jahren konstant neue Stellen geschaffen. Auch im heute zu beschließenden Stellenplan finden sich neue. Die Stadt Dorsten betreibt seit Jahren eine expansive Personalpolitik. Die Orientierungsdaten des Stärkungspakts werden gerissen und die Personalausgaben steigen, wie uns der Kämmerer in seiner Rede anschaulich dargelegt hat: Von 35 Mio € im Jahr 2012 auf heute 45,6 Mio €

---

<sup>9</sup> Vgl.: Beschluss in der Sitzung vom 16.11.2016

um immerhin 30 %, wobei noch nicht die Rückstellungen enthalten sind – diese kommen noch dazu. 2017 gab es sogar eine Steigerung von über 11%.<sup>10</sup> Trotz dieser Fakten wird von einigen nun ein kafkaesker Sparapparat im Rathaus vermutet. Hier verlieren Worte ihre Bedeutung und damit verliert auch die Sprache ihre Fähigkeit, Botschaften zu transportieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

diese Beispiele für Ausgabenphantasien zeigen allzu deutlich, dass die Bewahrung des erkämpften Spielraums keine Selbstverständlichkeit ist und auch mit einer Selbstbindung des Rates an die einmal gefassten Beschlüsse nicht mehr gerechnet werden kann. Uns treibt die Sorge um, dass sich die Geschichte der letzten 30-40 Jahre wiederholt und man auf Kosten der Nachhaltigkeit wieder einmal die Infrastruktur vernachlässigt nur um kurzfristige Wohltaten verkünden zu können. Es ist vermutlich nur eine Frage der Zeit, wann der / die Erste die Frage stellt ob man denn jetzt wirklich Geld für die Instandhaltung eines Gebäudes zur Verfügung stellen müsste, was noch relativ neu ist (wie etwa die Feuerwache), wenn man doch auch 2 oder 3 Sozialarbeiter einstellen könnte.

*Unser Vorschlag: Da der Instandhaltungstau de facto ein zweiter Schuldenhaushalt ist sollte der technische Beigeordnete – wie der Kämmerer – eine eigene Haushaltsrede (Infrastrukturrede) halten. Niemand der politisch Verantwortlichen soll sich in Zukunft mit dem*

---

<sup>10</sup> Nachzulesen etwa auch in der letzten Rede des Kämmerers am 19.09.2018, S.10 ff.

*Argument herausreden können, sie/er habe nichts vom Zustand der Stadt gewusst. Dieses öffentlichkeitswirksam der Politik präsentierte Wissen leistet dann über die Jahre einen Beitrag zur Angleichung zwischen jahrzehntelanger Passivität einerseits und aktivistischem Alarmismus andererseits. Zudem könnten nach eigenem Ermessen wichtige Entwicklungen in Themenfeldern einheitlicher und gebündelter präsentiert werden (Radwege, B-Pläne, RVR-Projekte, etc.). Die zunehmende Überlagerung von Förderprogrammen (gute Schule 2020, Kommunalinvestitionsförderungsgesetz) ist ein weiteres Argument für diesen Vorschlag.*

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ganz generell sehen wir den Rat zunehmend in der Verpflichtung, die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger stärker im Blickfeld zu halten. Auch das meinen wir mit Selbstreflexion. Die Dorstener Zeitung berichtete beispielsweise am 15.11. über eine Bestandsaufnahme des Familienbüros. Den Bericht schätzten wir als sehr wichtig ein, weil er auch einmal die enormen Belastungen der Mittelschicht in den Vordergrund stellt – ein Missstand, welcher zu wenig Beachtung findet. Viele hätten demnach das Gefühl, sich das Leben nicht mehr leisten zu können und es wurden Situationen thematisiert, in denen Menschen neben ihrer normalen Arbeit noch auf 450 € Basis tätig werden um ihrer Familie etwas bieten zu können. Auf Bundesebene sind wohl viele der politisch Verantwortlichen zunehmend blind geworden; für diese kondensieren

Gerechtigkeitsdiskussionen nur noch um die zwei Begriffe „Superreiche“ und „Flüchtlinge“.

Wodurch werden diese enormen, beinahe skandalösen, Belastungen ausgelöst und was können wir in Dorsten davon lernen?

Wir beobachten, dass der Bund versucht mit beinahe missionarischem Eifer auf immer mehr Bereiche der Menschen steuernd einzuwirken ohne wirklich die Folgen seines Handels zu beachten. Dabei werden auftauchende Probleme auch längst nicht mehr auf der Ebene gelöst, auf der sie erscheinen: Entweder wird die Verantwortung ganz generell auf Europa geschoben, wenn man gar nicht mehr weiter weiß, oder den Kommunen wird im Befehlstone etwas verordnet. Dies sieht man aktuell am Unterhaltsvorschuss: Die Ansprüche werden ausgeweitet, der Bund feiert sich für seine sozialen Wohltaten – und bearbeiten dürfen das Ganze die Verwaltungen in den Städten und Gemeinden. Zudem findet eine Verrechnung mit dem SGB statt, so dass diejenigen, welche ursprünglich von der Gesetzesänderung profitieren sollten, unter dem Strich nichts haben.

Diese Beobachtungen zeigen: Bundespolitische Steuerung löst häufig keine Probleme, sie löst Probleme aus. Die Stromsteuer sollte etwas für die Umwelt tun und die Rente mitsichern; heute hat Deutschland die zweithöchsten Energiepreise in Europa und eine Rente erhält die kommende Generation nicht mehr, es sei denn, sie sorgt privat vor. Die umfassende Subventionierung des Diesels sollte die CO<sub>2</sub>-Werte wirksam

absenken; ich denke, hier erübrigt sich jeder weitere Kommentar auf die darauf folgende Realsatire. Die Einnahmen aus der Kfz-Steuer, der Mineralölsteuer und anderen mobilitätsbezogenen Steuern waren mal für die Straßenunterhaltung gedacht. Heute werden nur knapp 10 % davon wirklich investiert, der Rest versickert im allgemeinen Bundeshaushalt. Zum 01.09. dieses Jahres wurde eine Neuberechnung der Kfz-Steuer umgesetzt; faktisch ist das eine Steuererhöhung. Aber wenn dann die Straßen vor den Häusern der jeweiligen Bürgerinnen und Bürger erneuert werden, sollen diese die Sanierung auch noch selbst zahlen. Aus meiner Sicht müsste der Bund den Menschen der Mittelschicht viel stärker unter die Arme statt nur in die Taschen greifen und Geld für Leistungen zu verlangen, die er am Ende nicht erledigt und wieder an die Bürgerinnen und Bürger delegiert. Zwar hört man immer wieder „uns geht es doch gut“, aber gerade wir als Kommunalpolitiker sehen doch darin eine gewisse Oberflächlichkeit und merken, dass das Land seit Jahren auf Verschleiß fährt.

*Zwischenfazit: Sobald der Bund etwas entdeckt und irgendwie „verbessern“ möchte, droht diesem „etwas“ die Dysfunktionalität – das ist beinahe ein Naturgesetz.*

Und was können wir daraus in Dorsten lernen?

Im letzten Jahr forderte bereits eine Fraktion wieder neue Steuererhöhungen und sprach von einem Vorschlag, die Steuern um 5%

anzuheben.<sup>11</sup> Wir halten das für den komplett falschen Weg und werden solche Ansinnen ganz entschieden ablehnen.

Wir denken, dass der Unterschied zwischen dem Bund und der Dorstener Stadtgesellschaft u.a. in dem ganz wichtigen Merkmal liegen kann, dass ersterer häufig gar nicht dazu in der Lage ist, im Zuge von verwaltungsadministrativen Steuerungsversuchen wirklich passgenaue Lösungen zu liefern. In Dorsten kann es sich umgekehrt verhalten und wir sollten die Chance ergreifen, die darin liegt: so konnten in der Vergangenheit bereits häufig falsche Steuerungsversuche „am Bürger vorbei“ korrigiert werden. Vielleicht eignet sich ein Beispiel dazu, den alten und aus unserer Sicht überholten Steuerungs-begriff besser zu erklären: Der frühere Bücherbus war dementsprechend konzeptualisiert und sollte den Bürgern ein Angebot seitens „*der Stadt*“ näher bringen, obwohl es bereits in vielen Stadtteilen kleinere – allerdings nichtstädtische – Bibliotheken gab. Die fehlende Nachfrage wurde lange ignoriert, es ging ja um den guten Zweck (Kultur). Die von oben verordnete „Zwangsbeglückung“ schaffte am Ende eine Konkurrenzsituation und war sehr teuer.

Heute gehen wir bewusst einen anderen Weg: Die lineare und hierarchische Steuerung von oben herab wird sukzessive ersetzt durch eine netzförmige Steuerung, welche verschiedene Bürgerinteressen berücksichtigt und das Agieren auf Augenhöhe betont. Um bei dem Beispiel zu bleiben: Nun gibt es – etwa am Rossiniplatz – Bücherboten. Diese sind ehrenamtlich tätig

---

<sup>11</sup> Siehe Haushaltsrede der Grünen, Satz 4, abrufbar unter [https://www.dorsten.de/verwaltung/rathaus/Haushalt\\_2018/HaushaltredeHH2018\\_gruene.pdf](https://www.dorsten.de/verwaltung/rathaus/Haushalt_2018/HaushaltredeHH2018_gruene.pdf)

und reagieren auf Nachfrage – und falls es keine Nachfrage geben sollte, was auch gar nicht verwerflich ist, wird eben ganz einfach auch kein Buch ausgeliefert. Für die Bürgerinnen und Bürger ist das flexibler und für „die Stadtgesellschaft“ entstehen keine langfristigen Folgekosten.

Das Prinzip, welches hier Anwendung findet ist das der Subsidiarität: Es besagt ganz einfach, dass Herausforderungen auf der Ebene angegangen werden sollten, auf der sie auftreten statt sie hingegen „nach oben“ zu delegieren, was Ineffizienzen und Folgekosten schafft. Wir loben in diesem Zusammenhang ausdrücklich, dass der Bürgermeister bislang sehr engagiert diesem Prinzip immer wieder Geltung verschafft und es in Bürgerkonferenzen vertritt.

Ohnehin haben viele Ämter die Situation erkannt, arbeiten enger mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen und verzeichnen dadurch Effizienzgewinne: exemplarisch sei hier das Büro für Bürgerengagement und Ehrenamt genannt oder auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Planungsamts, die an Arbeitskreisen und Projektgruppen von Bürgern teilnehmen um auf Augenhöhe an praktikablen Lösungen mitzuwirken. Die Beschlüsse der Windor begleiten wir ebenfalls zustimmend mit, werden hier doch vorzeigbare Ergebnisse erarbeitet: Nicht nur die Vermarktung der Zechenflächen ist eine Erfolgsgeschichte, zumal sie schneller voranschreitet als in vergleichbaren Städten. Auch die Grundstücksvermarktung in Rhade ist ein Erfolgsmodell, da hier junge Familien adressiert werden die sich bereits an vielen Stellen in der Stadtgesellschaft engagieren. Dies ist allemal besser, als die Grundstücke nach dem Windhundprinzip zu

vergeben. Und während in anderen Städten gerne geklagt wird, dass man kein Personal in den Bauämtern habe und jede Kleinigkeit um ein halbes Jahr verschoben wird wurden stattdessen in Dorsten die Ärmel hochgekrempt als Arvato im Industriepark eine Baugenehmigung brauchte: es dauerte nur 3 Monate.

Und schließlich bedeutet Subsidiarität für uns auch, dass man Vereine entlasten muss, die gesamtgesellschaftliche und gemeinnützige Aufgaben übernehmen. Wir sprechen uns auch weiterhin dafür aus, bei Vereinen auf eine Pacht zu verzichten; entsprechende Erbpachtverträge sind hier rechtlich saubere Instrumente. Es wäre in einer historischen Niedrigzinsphase, wie sie heute herrscht, ohnehin ein eklatanter Fehler, einfach Grundstücke an den Höchstbietenden bloß wegen eines einmaligen Erlöses zu verkaufen.

Meine sehr verehren Damen und Herren,

durch solche Effizienzgewinne und eine funktionierende Stadtgesellschaft lassen sich Abgabenerhöhungen vermeiden. Diesen Weg möchten wir fortsetzen. Wie sie gesehen haben sehen wir aber zunehmend die Gefahr, dass ein gewisses Maß an Selbstreflexion, welches die Folgen der eigenen Taten beachtet, im Rat aussetzt, sobald es etwas zu „verteilen“ gibt. Die politischen Entscheidungsträger bräuchten nicht nur ein oder zwei Stellungnahmen von Verwaltungsorganen im Jahr. Sie müssten gedanklich auch Stellungnahmen der Bürgerkonferenzen, des Familienbüros, der



Schulen, kurzum: den vielen Institutionen der Stadtgesellschaft proaktiv für sich selbst recherchieren.

Somit wenden wir uns zum Abschluss dieser Ausführungen mit dem Fazit unseres in der Einleitung geschilderten Kontrollauftrags unmittelbar an die Menschen in unserer Stadt: Engagieren sie sich in Bürger- und Stadtteilkonferenzen! Denn die vielen konstruktiven Vorschläge sind nicht nur für die jeweiligen Ortskerne, sondern auch für unsere Ratsarbeit mittlerweile unverzichtbar geworden.

Ich danke dem Umwelt- und Planungsamt sowie der Kämmerei für die Zahlen, die uns zur Verfügung gestellt wurden.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Haushalt zu.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.